

# KONFERENZ SCHWEIZERISCHER KANTONSARCHÄOLOGINNEN UND KANTONSARCHÄOLOGEN KSKA

CONFERENCES SUISSE DES ARCHEOLOGUES CANTONAUX CSAC

CONFERENZA SVIZZERA DEGLI ARCHEOLOGI CANTONALI CSAC

c/o Kantonsarchäologie Luzern

Jürg Manser  
Libellenrain 15  
CH-6002 Luzern

Telefon +41 (0)41 2285307  
Telefax +41 (0)41 2105140  
E-Mail juerg.manser@lu.ch  
Internet www.da.lu.ch

Bundesamt für Energie BFE  
Sektion BP  
3003 Bern

	z. K.	Federl.	Mitlnt.	Sektion
DIR				
BWO				Sachb.
KOM				
BFE				Termin
OFEN				
UFE				Kopie
AEF				Akten-Nr.
AEW				
ARS				
ELC				Eriedigt

Luzern, 29. Januar 2013

## Vernehmlassung zur Energiestrategie 2050, Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Konferenz der Schweizerischen Kantonarchäologinnen und Kantonsarchäologen KSKA ist zwar auf der Liste der Vernehmlassungsadressaten nicht enthalten, trotzdem gestatten wir uns, zur Energiestrategie 2050 Stellung zu nehmen, da sich diese auch auf den Bereich der Bodendenkmäler auswirken wird.

### 1. Grundsätzliche Bemerkungen

Die KSKA begrüsst grundsätzlich die Energiestrategie 2050 und deren Ziele einer effizienten und umweltverträglichen Energieversorgung. Es ist der KSKA indes ein zentrales Anliegen, dass die Interessen der künftigen Energieversorgung nicht vorbehaltlos über andere berechnete Interessen, in unserem Fall über den Schutz und die Erhaltung archäologischer Bodendenkmäler gestellt werden.

Der Verfassungsauftrag des Natur- und Heimatschutzes, der auch die Archäologie umfasst, ist als gleichwertiges Anliegen anzuerkennen. Dessen Anliegen sind von nationalem Interesse und durchaus gleichwertig gegenüber den Zielen der Energieversorgung – sowohl im Allgemeinen als auch im Einzelfall.

**Bei Interessenkonflikten zwischen den beiden gleichgewichtigen Anliegen gilt es, die Interessen im Einzelfall sachlich gegeneinander abzuwägen.**

Generell gilt es zwingend, zuerst das grosse, betreffend Natur- und Heimatschutz unproblematische Potenzial zu nutzen, bevor Beeinträchtigungen von Boden- und Baudenkmälern, Ortsbildern und schützenswerten Landschaften in Betracht gezogen werden.

Im Falle der archäologischen Denkmäler ist auf deren besondere Verletzlichkeit hinzuweisen. Der grösste Teil unseres archäologischen Erbes, bei dem es sich um einmalige, nicht reproduzierbare Quellen unserer Kulturgeschichte handelt, liegt unsichtbar unter dem Boden und ist, wenn nicht rechtzeitig erkannt, in besonderem Masse gefährdet. Eine entsprechend umsichtige Vorgehensweise bei der Ausscheidung von Arealen, die sich für die Energieproduktion eignen, bei der Planung, dem Bau und dem Betrieb von Energieanlagen ist daher unumgänglich.

## 2. Leitlinien für die Umsetzung

Oberster Grundsatz bei der Optimierung bestehender und dem Bau neuer Energiegewinnungsanlagen muss die Vermeidung von Interessenkonflikten bilden. Aus archäologischer Sicht sind in diesem Zusammenhang folgende Punkte von besonderer Relevanz:

- **Vermeidung archäologisch sensibler Zonen:** Die meisten Kantone der Schweiz verfügen mittlerweile über Fundstelleninventare resp. -kataster, welche teilweise über die kantonalen Geoportale, teilweise auf Anfrage zugänglich sind. Diese Planungsinstrumente bilden eine zuverlässige Basis zur Vermeidung von Konflikten in Planungsprozessen aller Art, im vorliegenden Fall bei der Planung von Energiegewinnungsanlagen. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass diese Inventare nicht abschliessend sind. Ein grosser Teil der archäologischen Denkmäler liegt noch unerkannt im Boden. Aus diesem Grund sind in jedem Fall frühzeitige Abklärungen durch Prospektion angezeigt.
- Generell besteht nach Auffassung der KSKA die Gefahr, dass die im Vernehmlassungsbericht Seite 54 angeregte Verkürzung der Rechtsmittelverfahren zu einer nicht mehr sachgerechten Güterabwägung führt. Besondere Gefahr droht in Fällen, die scheinbar problemlos bewilligungsfähig sind, wie etwa der Bau von Strommasten, das Verlegen von Stromleitungen ins Erdreich oder der Bau von bodenebenen Solaranlagen, welche für die Archäologie indes mindestens ebenso folgenreich sein können wie der Bau komplexer Anlagen. **Die im Bericht Seite 21 (Raumplanung) verlangte "vertiefte Abklärung" darf die abschliessende, unvoreingenommene Abwägung der Interessen nicht ersetzen.**
- Konzentration auf die Nutzung grosser, unproblematischer Potentiale: Wie für die Denkmalpflege, so sind auch für die Archäologie unproblematische Zonen für die Energiegewinnung zahlreich. Allerdings können diese erst nach Konsultation der entsprechenden Inventare und fallweise durch vertiefte Abklärungen mittels Prospektion der tangierten Areale ausgewiesen werden.

In diesem Zusammenhang lohnt sich der Hinweis auf den Nationalstrassenbau. Die kürzlich erlassenen Weisungen "Verfahren bei archäologischen und paläontologischen Bodenfunden beim Nationalstrassenbau" dürfen als vorbildhaft und wegweisend gelten. Sie könnten in angepasster Form auch bei Infrastrukturprojekten im Bereich Energie zur Anwendung gelangen.

### 3. Bemerkungen zu den Einzelbestimmungen zum Energiegesetz

#### Kapitel 1: Zweck, Ziele und Grundsätze

Artikel 5: Zusammenarbeit mit den Kantonen, der Wirtschaft und anderen Organisationen

- *Antrag: Art. 5 Abs. 2 soll wie folgt ergänzt werden:*

<sup>1</sup> Bund und Kantone koordinieren ihre Energiepolitik und berücksichtigen die Anstrengungen der Wirtschaft. Der Bundesrat kann in Zusammenarbeit mit den Kantonen und den betroffenen Organisationen Massnahmen zur Zielerreichung festlegen.

<sup>2</sup> Der Bund und, im Rahmen ihrer Zuständigkeit, die Kantone arbeiten für den Vollzug dieses Gesetzes mit den Organisationen der Wirtschaft **und weiteren Organisationen** zusammen.

Begründung: Die Wirtschaft ist in hohem Masse von der Energiepolitik betroffen. Der Einbezug der Organisationen der Wirtschaft ist deshalb sinnvoll. Nebst den Interessen der Wirtschaft sind jedoch auch andere gesellschaftliche Interessen, wie diejenigen des Natur- und Heimatschutzes, von der neuen Energiepolitik betroffen. Deren Organisationen sollte entsprechend auch die Möglichkeit zur Mit- und Zusammenarbeit eingeräumt werden.

#### Kapitel 2, 2. Abschnitt: Raumplanung und Ausbau erneuerbarer Energien

Artikel 11: Gemeinsame Planung für den Ausbau der erneuerbaren Energien

- *Antrag: Art. 11 Abs. 1 ist verbindlicher zu formulieren:*

<sup>1</sup> Die Kantone bezeichnen mit einer gemeinsamen Planung für die ganze Schweiz die Gebiete und Gewässerstrecken, die sich für die Nutzung erneuerbarer Energien eignen. Sie **bezeichnen** auch Gebiete und Gewässerstrecken, die freizuhalten sind. Die Planung enthält unter anderem grossflächige Angaben auf Karten.

Begründung: Die Planungen für den Ausbaupotenzialplan müssen zwingend auch Gebiete und Gewässerstrecken einschliessen, in denen keine Anlagen zur Nutzung von erneuerbaren Energien möglich sind. Nur so wird die Planungs- und Rechtssicherheit tatsächlich erhöht.

- *Art. 11 Abs. 2 ist verbindlicher zu formulieren:*

<sup>2</sup> Die Planung soll im Sinne einer landesweiten Gesamtsicht und mit Blick auf die Ausbauziele eine zweckmässige Nutzung der vorhandenen Potenziale ermöglichen. Gegenläufigen Interessen, insbesondere Schutzanliegen, **muss** Rechnung **getragen werden**.

Begründung: Die verfassungsmässigen und gesetzlichen Vorgaben bezüglich Natur- und Heimatschutz wie auch der Raumplanung müssen stärker berücksichtigt werden.

Artikel 14: Nationales Interesse an der Nutzung erneuerbarer Energien

- *Antrag: Art. 14 Abs. 2 soll wie folgt abgeändert werden:*

<sup>2</sup> Neue Anlagen oder Anlagegruppen zur Nutzung erneuerbarer Energien sind ab einer bestimmten Grösse und Bedeutung von einem nationalen Interesse, das **gleichwertig** im Sinne von Artikel 6 Absatz 2 des Bundesgesetzes vom 1. Juli 1963 über den Natur- und Heimatschutz (NHG) ist. **Bei Interessenskonflikten zwischen dem Ausbau der**

**erneuerbaren Energien und dem Natur- und Heimatschutz ist eine sachgerechte Abwägung der Interessen durchzuführen.**

Begründung: Die Verfassung verpflichtet den Bund zu Natur- und Heimatschutz. Art. 78 BV bestimmt: „Der Bund schont Landschaften, Ortsbilder, geschichtliche Stätten sowie Natur- und Kulturdenkmäler; er erhält sie ungeschmälert, wenn das öffentliche Interesse es gebietet.“ Auch die Energieversorgung des Landes und die Siedlungsplanung sind von nationalem Interesse. Dieses ist aber nicht automatisch höher zu gewichten als der Heimatschutz. Das gilt sowohl im Einzelfall, als auch generell. Kommt es zu Konflikten zwischen diesen gleichberechtigten Anliegen, müssen die Interessen sachgerecht abgewogen werden.

Artikel 15: Nationales Interesse an kleineren Anlagen

- *Antrag: Art. 15 Abs. soll ersatzlos gestrichen werden:*

Begründung: Art. 15 würde dazu führen, dass schlussendlich jeder Produktionsanlage erneuerbarer Energien nationales Interesse zugesprochen werden könnte und die vorgeschlagenen Bestimmungen gemäss Art. 14 EnG zum Zug kämen. Dies ist abzulehnen, weil dadurch die Möglichkeit geschaffen würde, dass die Objekte nach Artikel 5 NHG auch von kleineren Produktionsanlagen beeinträchtigt werden könnten. Somit würde Artikel 6 Absatz 2 NHG sinnlos.

Artikel 16: Bewilligungsverfahren und Begutachtungsfrist

- *Antrag: Art. 16 Abs. 1 soll wie folgt umformuliert werden:*

<sup>1</sup> Die Kantone sehen für den Bau von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien möglichst rasche Bewilligungsverfahren vor. **Dies unter Wahrung der nötigen Sorgfalt und unter Einbezug anderer gleichgewichteter Interessen.**

Wir bitten Sie, unsere Anliegen zu berücksichtigen und unsere Anträge bei der weiteren Erarbeitung der Gesetzesrevision zu prüfen.

Freundliche Grüsse



Jürg Manser  
Leiter Denkmalpflege und Archäologie  
Kantonsarchäologe  
Präsident KSKA

Telefon 041 228 53 07  
juerg.manser@lu.ch